

Vom Anfang und Ende der Revolution

Eine Legitimitätstheoretische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Revolutionen in Mexiko, China und Iran

Bearbeitet von
Ingmar Ingold

1. Auflage 2016. Taschenbuch. 642 S. Softcover
ISBN 978 3 8487 3110 7
Gewicht: 930 g

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Regierungspolitik > Bewaffnete Konflikte, Revolution, Guerilla](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



Ingmar Ingold

Vom Anfang und Ende der Revolution

Eine Legitimitätstheoretische Untersuchung unter
besonderer Berücksichtigung der Revolutionen in
Mexiko, China und Iran



Nomos

Die Schriftenreihe
„Revolutionen in Geschichte und Gegenwart“

wird herausgegeben von

Prof. Dr. Andreas Fahrmeir, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Alexander Gallus, Chemnitz

Prof. Dr. Klaus Schlichte, Bremen

Band 2

Ingmar Ingold

Vom Anfang und Ende der Revolution

**Eine Legitimitätstheoretische Untersuchung unter
besonderer Berücksichtigung der Revolutionen in
Mexiko, China und Iran**



Nomos

© Titelbild: Wikimedia Commons, Ahmad Moftizadeh, the Iranian Revolution.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Basel, Univ., Diss., 2014

ISBN 978-3-8487-3110-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-7480-5 (ePDF)

1. Auflage 2016

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort der Herausgeber

Während die neuzeitliche Geschichte spätestens ab dem 17. Jahrhundert (Glorious Revolution) und insbesondere an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (Französische Revolution; „Zeitalter der Revolutionen“) bis ins 20. Jahrhundert hinein (Oktoberrevolution) wiederholt von revolutionären Verwerfungen und Neuformungen geprägt wurde, schienen Revolutionen nach der Zeitenwende von 1989/90, die manch zeitgenössischem Beobachter sogar das „Ende der Geschichte“ markierte, an Bedeutung verloren zu haben. Diese Revolutionsflaute währte aber nicht lange. Die sogenannten Farbenrevolutionen und der „Arabische Frühling“ signalisierten ebenso eine Renaissance von Revolutionsbegehren wie Stimmen einer radikalen Globalisierungs- und Kapitalismuskritik.

Die Schriftenreihe „Revolutionen in Geschichte und Gegenwart“ will einerseits ein Forum für neue Einsichten in den konkreten Verlauf revolutionärer Prozesse bieten und damit innovative Zugänge zum Verständnis raschen und plötzlichen politischen und gesellschaftlichen Wandels eröffnen. Andererseits soll sie ein Ort der theoretischen Reflexion über revolutionären Wandel sein, der klassische Zugänge weiterdenkt und für einen Vergleich fruchtbar macht, der insbesondere ein vertieftes Verständnis aktueller Entwicklungen ermöglicht.

Über die Thematik der Revolution will die Buchreihe zudem einen Brückenschlag zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft sowie weiteren Geistes- und Sozialwissenschaften ermöglichen. Dem zugrunde liegt ein breites Revolutionsverständnis: politisch-gesellschaftliche, kulturelle ebenso wie ökonomische Umbrüche und Systemwechsel seit der europäischen Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart sind Gegenstand der Bände in dieser Reihe. Sie ist offen für empirische Fallstudien, vergleichende Untersuchungen oder stärker theoretisch orientierte Arbeiten. Die Reihe steht ohne chronologische oder regionale Einschränkungen für Monographien und Sammelbände offen.

Eine Fortsetzung erfährt die Reihe durch die Dissertation von Ingmar Ingold. Dieser fragt aus einem herrschaftssoziologischen Blickwinkel nach dem geschichtlichen Ort der Revolution: nach ihrem Anfang und ihrem möglichen Ende. Die großen politischen Revolutionen der Neuzeit werden im Kern als demokratische Revolutionen begriffen. Nach den ge-

Vorwort der Herausgeber

schichtlichen Voraussetzungen und Gründen für die Seltenheit der Revolution wird ebenso gefragt wie nach der Möglichkeit ihrer Institutionalisierung im demokratischen Rechtsstaat und ihrer Zukunft am „Ende der Geschichte“. Als heuristisches Schema dient Ingold ein dreidimensionales Legitimitätskonzept. Dieses wird nicht nur für die Historisierung des Phänomens eingesetzt, sondern darüber hinaus für eine systematisierende Analyse der Ursachen und Auslöser der Revolutionen in China (1911-1949), Mexiko (1910-1920) und Iran (1977-1979). Im Mittelpunkt der historisch-empirischen Fallstudien steht die Modellierung einer typischen Verlaufskurve von Revolutionen.

Vorwort

Auch wenn die Reihe, in welcher dieses Buch erscheint, für die nachstehende Behauptung ein Gegenbeispiel ist (und genau deswegen Hoffnung macht): Politische Revolutionen beschäftigen die heutige Soziologie kaum, und zwar nicht einmal die politische Soziologie. Zwar gibt es einige wenige jüngere soziologische Publikationen, die sich mit dem Thema befassen. Unter diesen wären etwa die Arbeiten John Forans zu nennen.¹ Dennoch hat es, soweit ich das Feld überblicke, vielleicht mit einer gewissen Einschränkung hinsichtlich einiger Arbeiten über die mittel- und osteuropäischen Revolutionen von 1989/90,² seit Theda Skocpols *States and Social Revolutions* aus dem Jahre 1979 aus soziologischer Feder keinen substanziellen theoretischen Beitrag zur Revolutionsforschung mehr gegeben.³

Ohne Frage handelt es sich bei Skocpols Buch um einen Meilenstein der historisch-politischen Soziologie, erledigt aber hat die Revolutionstheorie sich seither keinesfalls, nicht nur, weil es in der Zwischenzeit auf unserem Globus zu einer ganzen Reihe weiterer revolutionärer Erschütterungen von Herrschaftsordnungen gekommen ist, sondern weil schon die Iranische Revolution, wie Skocpol übrigens selbst einzuräumen bereit war, mit ihrer insbesondere auf die revolutionäre Rolle der Bauern abstellenden Revolutionstheorie nicht oder nur unzureichend zu erklären war.⁴ Nach wie vor gilt darum Dahrendorfs Verdikt aus dem Jahre 1961, dass die Erforschung der „Strukturelemente der revolutionären Situation“ im Vergleich zur Rekonstruktion und Analyse einzelner Revolutionen ein sozialwissenschaftliches Desiderat ist.⁵

1 Siehe u.a. John Foran: *Taking Power: On the Origins of Third World Revolutions*, Cambridge 2005.

2 Vgl. Krishan Kumar: *1989: Revolutionary Ideas and Ideals*, Minneapolis 2001.

3 Theda Skocpol: *States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia and China*, Cambridge 1979.

4 Siehe Theda Skocpol: *Rentier State and Shi'a Islam in the Iranian Revolution*, in: *Theory and Society*, 11/1982, Nr. 3, S. 265-283.

5 Ralf Dahrendorf: *Über einige Probleme der soziologischen Theorie der Revolution*, in: *European Journal of Sociology*, 2/1961, Nr. 1, S. 153-162, hier S. 159.

Vorwort

Es ist diese Herausforderung, der sich Ingold in der vorliegenden Arbeit stellt. Er nimmt sich vor, zwar nicht eine gänzlich neue Revolutionstheorie zu entwerfen, wohl aber einen für das Verständnis des Phänomens politischer Revolutionen überhaupt wichtigen, wenn nicht unabdingbaren, von der bisherigen Revolutionsforschung entweder gar nicht erst in die Hand genommenen oder aber lediglich für das Beiwerk gebrauchten, *legitimitätstheoretischen* Baustein zu liefern. Die Generalthese lautet, dass die großen politischen Revolutionen der Neuzeit und noch der Gegenwart sich nicht ohne einen ihnen vorauslaufenden und damit zugrundeliegenden Wandel des Legitimitätsprinzips, die Umstellung der Rechtfertigung staatlicher Herrschaft von transzendenten auf immanente Gründe einsichtig gemacht werden können, dass sich in ihnen, mit anderen Worten, neben der konkreten Unzufriedenheit der Herrschaftsunterworfenen mit der bestehenden politischen Ordnung immer auch die praktische Umkehr der „Richtung“ ausdrückt, aus der Herrschaft sich legitimiert: an die Stelle „von oben“ gerechtfertigter, im weitesten Sinne sakraler Herrschaft tritt das die neue Ordnung „von unten“ legitimierende Prinzip der Volkssouveränität. Gegenstand oder Ziel „der“ Revolution sei darum die Demokratie, unabhängig davon, dass einige der unzweifelhaft großen Revolutionen wie die Russische oder die Chinesische Revolution wie auch etliche der antikolonialen nationalen Befreiungsrevolutionen alles andere als demokratische Verhältnisse zeitigten. Dieser nur vordergründig schlichte Befund wurde von der bisherigen Revolutionsforschung allerdings kaum in Rechnung gestellt, geschweige denn fruchtbar gemacht. Während den einen, vor allem der radikalen Linken, alle Herrschaft immer schon als illegitim gilt, verwechseln die anderen, und das sind in diesem Falle die bekennenden und heimlichen Strukturfunktionalisten, faktische Herrschaft allzu leicht mit immer auch schon legitimer Herrschaft. Auf der einen Seite wird Max Weber zum Trotz die Bedeutung des Legitimitätsglaubens als für die Stabilität von Herrschaft wesentlich heruntergespielt, während auf der anderen Seite übersehen wird, dass Legitimität selbst dann, wenn ein gegebenes Herrschaftssystem sich zu legitimieren weiß, kein Zustand, sondern ihre Herstellung vielmehr eine dauerhaft zu vollbringende Aufgabe ist. Die bisherigen Revolutionstheorien unterschätzen mithin entweder den „ideellen Faktor“ oder aber die Schwierigkeiten, einmal etablierte Ideen praktisch einzulösen.

Ingold belässt es allerdings nicht dabei, den Einbau von Legitimität in die Revolutionstheorie einzuklagen beziehungsweise Legitimität in „ansonsten brauchbare“ Revolutionstheorien einzubauen, sondern er (re-)kon-

zeptualisiert die Kategorie der Legitimität auf eine Weise, die erstens die Universalität des Bezugsproblems, das heißt die prinzipielle Rechtfertigungsbedürftigkeit neuzeitlicher Herrschaft und zweitens die historisch konkreten Besonderheiten ihrer tatsächlichen Rechtfertigung in den Blick zu bekommen und drittens einen idealtypischen Verlauf von Revolutionen zu modellieren erlaubt. Das Buch ist darum ein Beitrag nicht nur zur Revolutions-, sondern auch zur Legitimitätstheorie, an der, wie zum Beispiel der von Anna Geis, Frank Nullmeier und Christopher Daase besorgte Sammelband über den *Aufstieg der Legitimitätspolitik* dokumentiert,⁶ anders als an jener in den letzten Jahren recht fleißig gearbeitet worden ist. Insofern bestellt Ingold nicht bloß ein brachliegendes Feld; ebenso bezieht er Position in einer aktuellen Debatte.

Das Buch schlägt dabei einen ungewöhnlich weiten Bogen von sozialtheoretischen Grundsatzfragen über die historische Gesellschaftstheorie bis hin zur empirischen Forschung. Im ersten Kapitel werden die Begriffe Gewalt, Macht und Herrschaft messerscharf zueinander in Verhältnis gesetzt – ich bin geneigt zu sagen: in das richtige – und das der weiteren Untersuchung zugrundeliegende legitimitätstheoretische Modell entwickelt. Kapitel 2 rekonstruiert gleichermaßen ideen- wie strukturgeschichtlich die Genese und den Durchbruch des „bürgerlichen“, das heißt im Kern auf einer reversionsoffenen und damit freien Übereinkunft gleich(berechtigt)er (Staats-)Bürger ruhenden Legitimitätsprinzips als notwendiger Voraussetzung neuzeitlich-demokratischer Revolutionen.⁷ In Kapitel 3 untersucht Ingold die Bedingungen, unter denen der revolutionäre Anspruch der Herrschaftsunterworfenen, an der Herrschaft teilzuhaben oder sie zumindest zu konditionieren, eingelöst und auf Dauer gestellt werden kann. Das vierte Kapitel schließlich enthält Fallstudien zur Chinesischen, Mexikanischen und Iranischen Revolution. Neben und zur Theoriebildung arbeitet Ingold also mit historischen Daten, ist „die Geschichte“ sein empirisches Material, bringt er mithin eine zwar von den Klassikern unseres Fachs hochgehaltene, von der präsentistischen Lehrbuchsoziologie unserer Tage indes sträflich vernachlässigte Methode in Anschlag.

6 Anna Geis, Frank Nullmeier, Christopher Daase (Hg.): *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen* (= *Leviathan Sonderband 27*), Baden-Baden 2012.

7 Zum Begriff und Typ der bürgerlichen Legitimität vgl. Dolf Sternberger: *Herrschaft und Vereinbarung. Eine Vorlesung über bürgerliche Legitimität* [1964], in: ders.: *Herrschaft und Vereinbarung*, Frankfurt/M. 1980, S. 115-134.

Vorwort

Das innere Gliederungsprinzip des Buches ist die im ersten Kapitel entwickelte *Dreidimensionalität aller Legitimität*. Im Anschluss an gemeinsame Überlegungen lautet sein Vorschlag, Webers drei Typen von legitimer Herrschaft mit David Beetham in drei Dimensionen von Legitimität überhaupt zu übersetzen, diese Dimension jedoch auf andere Weise, als Beetham es tut, auszuformulieren und zu begründen.⁸ Durch eine derartige Systematisierung des Legitimitätsbegriffs wird es möglich, „die“ Revolution nicht nur historisch zu verorten, sondern darüber hinaus ihre innere Dynamik, ihre auffällige, auf den ersten Blick indes unverständliche typische Verlaufskurve einsichtig zu machen. Während Beetham Webers Legitimitätstypen legaler, traditioneller und charismatischer Herrschaft in die allgemeinen Dimensionen regelgemäßer, gerechtfertigter und sichtbar akzeptierter Herrschaft übersetzt, substituiert Ingold erstens den Begriff der bloßen Regelhaftigkeit, oder genauer der als regelhaften immer auch partiell legitimen Herrschaft, durch das ursprünglich von Popitz und von Trotha entwickelte Konzept der Basislegitimität.⁹ Basis- oder basal-pragmatisch legitim ist bereits die gewaltsam als Ordnung gesetzte Ordnung, insofern sie den Herrschaftsunterworfenen anders als in einer bürgerkriegsartig verworrenen Lage die Ausbildung stabiler Erwartungen und immerhin ein Arrangement mit dem Status quo erlaubt. Zweitens wird Beethams Dimension der ideellen Rechtfertigung oder normativen Richtigkeit von Herrschaft um einen kognitiven Aspekt erweitert, indem der Autor im Gefolge der historisch-genetische Theorie davon ausgeht, dass die Entsakralisierung von Herrschaft erst unter neuzeitlichen, wenn man so will, „real-konstruktivistischen“ Bedingungen denkbar wird.¹⁰ Und drittens werden die drei basal-pragmatisch, theoretisch-reflexiv und performativ-expressiv genannten Dimensionen dadurch gekreuzt beziehungsweise verdoppelt, dass er nicht allein nach dem Verhältnis zwischen Herrschern und Be-

8 Vgl. David Beetham: *The Legitimation of Power*, Basingstoke 1991; Ingmar Ingold, Axel T. Paul: Multiple Legitimitäten. Zur Systematik des Legitimitätsbegriffs, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, 100/2014, Nr. 2, S. 243-262.

9 Vgl. Heinrich Popitz: *Phänomene der Macht*, Tübingen ²1992, S. 221-227; Trutz v. Trotha: „Streng, aber gerecht“ – „hart, aber tüchtig“. Über Formen von Basislegitimität und ihre Ausprägungen am Beginn staatlicher Herrschaft, in: Wilhelm J.G. Möhlig, Trutz v. Trotha (Hg.): *Legitimation von Herrschaft und Recht*, Köln 1994, S. 69-90.

10 Vgl. Günter Dux: *Von allem Anfang an: Macht, nicht Gerechtigkeit. Studien zur Genese und historischen Entwicklung des Postulats der Gerechtigkeit*, Weilerswist 2009.

herrschten, sondern ebenso nach der wenigstens implizit stets mit-, wenn nicht vorausgesetzten Unterscheidung zwischen den Angehörigen und den Nichtmitgliedern eines Herrschaftsverbands fragt.¹¹ Ingolds meisterliche Leistung besteht darin, dieses nur erst abstrakte, aus theoretischen Überlegungen heraus gewonnene Schema einerseits für die Historisierung, das heißt die historische Verortung des Phänomens Revolution, und andererseits für die Untersuchung und die Modellierung des Verlaufs einzelner Revolutionen fruchtbar zu machen.

Aus der Untersuchung hervorheben möchte ich drei Perlen, nicht um ihre zentralen Resultate vorwegzunehmen, sondern ganz im Gegenteil um Lust zu machen auf die Lektüre des ganzen Textes, obwohl – und das ist kein geringer Vorzug dieses durchkomponierten Werkes – die meisten der Unterkapitel sich auch separat durchaus mit Gewinn lesen lassen.

Im zweiten Kapitel sind es die von James Scott als Begriff eingeführten „hidden scripts“ der Herrschaftsunterworfenen sowie die symbolpolitischen Praktiken der Herrschenden,¹² deren Analyse unter Ingolds Feder dem Leser ebenso überraschende wie erhellende Einsichten beschert. Der Clou des Arguments besteht darin, dass eine auch und gerade insbesondere aus Gründen der Vorsicht und Angst nur gespielte, „bloß symbolische“ Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen zur Herrschaft diese in der performativ-expressiven Dimension faktisch ebenso stabilisiert wie die Inszenierung von Macht und/oder die Zulassung „formatierter“ Kritik durch die Herrschenden, dass, mit einem Wort, Symbolisierungsfragen legitimitätspolitisch nicht sekundär sind. Es zeigt sich, dass Herrschaft, ebenso wenig wie sie in letzter Instanz ohne Gewalt auszukommen vermag, im Alltag davon lebt, dass Herrscher und Beherrschte Responsivität und Zustimmung simulieren, genauer gesagt davon, dass die Herrschaftsunterworfenen selbst, zumindest dann wenn eine kritische Öffentlichkeit fehlt, nicht zwischen einer nur gespielten und tatsächlicher Zustimmung der anderen zur Herrschaft unterscheiden können.

Wie Ingold im dritten Kapitel unter Rückgriff auf ein weithin vergessenes Buch von Jouvenel zeigt,¹³ war der neben der Demokratisierung zwei-

11 Vgl. Kalevi J. Holsti: *The State, War, and the State of War*, Cambridge 1996, S. 82-98.

12 Vgl. James C. Scott: *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*, New Haven 1990.

13 Siehe Bertrand de Jouvenel: *Über die Staatsgewalt. Die Naturgeschichte ihres Wachstums* [1947], Freiburg 1972.

Vorwort

te entscheidende Faktor für das nach-, „revolutionäre“ Wachstum der Staatsgewalt im 19. und 20. Jahrhundert die Verwandlung des alten Stände- in einen neuen Nationalstaat. Mehr noch, Ingold dokumentiert, dass die Definition einer Gemeinschaft, die mehr oder weniger deutliche Scheidung eines Herrschaftsverbands von seiner Umwelt, das Wissen darum, wer dazu gehört und wer nicht, die Bedingung dafür ist, Herrschaft nicht nur zu dulden, sondern zu akzeptieren. „Horizontale Legitimität“ geht „vertikaler Legitimität“ mithin voraus.¹⁴ Die demokratische Intensivierung von Herrschaft muss darum notwendig mit der (Re-)Integration von Herrschern und Beherrschten in ein neues, die alte Stände- (oder Clan-)Ordnung überwindendes oder vielmehr diese zugunsten einer neuen Einheit aufhebendes Kollektiv einhergehen. Eben dies war die Leistung des modernen, im 19. Jahrhundert ausgebildeten Nationalstaats. Dass (das Konstrukt) nationale(r) Egalität der (Forderung nach) Demokratie Vorschub verleiht, wird in der Forschung zwar weithin gesehen. Ingold aber weist darüber hinaus darauf hin, dass Demokratie ihrerseits einer Idee von Zugehörigkeit aufruhem muss. Er formuliert damit einen unbequemen Befund, den in Rechnung zu stellen, die Demokratietheorie zukünftig kaum wird umhin kommen können.

Die für mich stärkste Fallstudie des vierten, historischen Kapitels ist die Untersuchung der Iranischen Revolution, weil sie erstens in Ergänzung zu Skocpols Revolutionstheorie herausarbeitet, dass Revolutionen zum einen sehr wohl *gemacht* werden können und sich nicht „bloß ereignen“ und Ideen zum anderen eine außerordentlich wichtige, ja eine für die Revolution unverzichtbare Rolle spielen können. Zweitens und vor allem aber zeigt Ingold, dass es sich im Unterschied zu in der Literatur verbreiteten Vorstellungen bei der Iranischen Revolution zunächst einmal um eine moderne Revolution handelte: Der Iran war kein typisches Entwicklungsland; getragen wurde die Revolution von den Städten; sie war wie die mittel- und osteuropäischen Revolutionen von 1989/90 im wesentlichen friedlich; und schließlich ging es den meisten Revolutionären nicht um den Ausbruch aus der Moderne, sondern um eine Alternative zur westlichen Moderne. Darüber hinaus aber, so entwickelt der Autor in einer subtilen Analyse, sei die Revolution, obwohl im Namen der Religion und damit eines transzendenten Prinzips geführt, nicht un- oder gar antidemokratisch gewesen. Dies, weil zum einen in der Revolution überhaupt noch nicht ab-

14 Die Begriffe stammen von Kalevi Holsti; vgl. Anm. 11.

sehbar war, ob sich die religiösen Radikalen und nicht vielmehr die säkular-demokratischen Kräfte würden durchsetzen können, zum anderen weil sich selbst die schließlich errichtete, heutige „islamische Republik“ nicht allein auf eine geoffenbarte Wahrheit beruft, sondern das in der Revolution artikulierte Verlangen der Massen nach politischer Partizipation nicht zuletzt in Form regelmäßiger Wahlen bedient wird. Auch wenn es die Theologen sind, die im Iran in letzter Instanz über die Geschicke des Landes entscheiden, konkurrieren diese sehr wohl untereinander wie auch um die Zustimmung der Bürger.

Doch was folgt daraus für die Zukunft der Revolution, der Demokratie oder allgemeiner des Staates? Heißt das, dass selbst die Iranische Revolution nicht nur von demokratischem Elan getragen war, sondern in ihrem Ergebnis eine Demokratisierung der Verhältnisse bewirkt hat, dass es, wie Ingold verschiedentlich betont, hinter das mit der Französischen Revolution zum Durchbruch gelangte Prinzip der bürgerlichen Legitimität kein Zurück mehr gibt? Der Autor (be-)schreibt die Legitimitätsgeschichte des modernen Staates. Und immer wieder konfrontiert er uns dabei mit dem zumindest vordergründig paradoxen Befund, dass die Teilung von Macht die Macht in der Regel mächtiger macht und dass insbesondere der demokratisch konditionierte und rechtsstaatlich gezähmte Staat mehr Macht über seine Bürger besitzt als alle früheren Herrschaftsverbände über ihre Untertanen, dass der Sieg „der Revolution“ den Staat als Staat mithin nicht etwa schwächt, sondern die Staatsgewalt stärkt. In Hinblick auf die Vergangenheit scheint dieser Befund, diese, mit Jouvenel, „eigentliche Dialektik“ vielleicht nicht „der Geschichte“, sondern „nur“ der Geschichte des Staates plausibel. Doch hat der Staat den Zenit seiner Macht nicht längst überschritten? Bröckelt das Gewaltmonopol nicht auch in den reichen, an sich gefestigten Staaten der westlichen Welt? Verwandeln sich zusehends nicht auch Teile dieser in Zonen prekärer Staatlichkeit? Versagen angesichts der Herausforderungen durch Klimawandel und globale Migration nicht auch und gerade die demokratischen Staaten?

Es wäre zu wünschen, Ingold gäbe uns auf diese Fragen in einem späteren Buch eine Antwort.

Axel T. Paul

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Herbstsemester 2014 von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel als Dissertation angenommen. Abgeschlossen hatte ich das Manuskript im Juli 2014.

Mein besonderer Dank gilt meinem geschätzten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Axel Paul, für die Betreuung und Förderung der Arbeit. Schon während meines Studiums in Freiburg weckte er in mir nicht nur die Leidenschaft für die Soziologie, sondern ermunterte er mich vor allem in meinem Interesse für das Phänomen (il-)legitimer Herrschaft. „Wenn das Ihr Dämon ist“, waren seine verständnisvollen Worte, als ich mich ihm zum wiederholten Male zu nähern beabsichtigte, dieses Mal dessen klientelistischer Spielart aus gabentauschtheoretischer Perspektive. Ich kann wohl von Glück sagen, dass es nicht nur mich nicht mehr loslassen, ja, ganz im Gegenteil immer weiter antreiben sollte. Ein regelmäßiger und stets anregender Austausch war mir so (auch aus der Ferne) über Jahre hinweg vergönnt. Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Revolution lag vor dem Hintergrund nahe, wo doch umgekehrt die Stabilität und der Fortbestand von Herrschaft maßgeblich auf deren Legitimität beruhen. Für das dabei in mich gesetzte Vertrauen bin ich meinem Doktorvater genauso wie für die großzügig gewährten Freiheiten auf immer dankbar.

Des Weiteren möchte ich Herrn Prof. Dr. Ueli Mäder für die Lektüre des umfangreichen Manuskripts und die Anfertigung des Zweitgutachtens danken. Es bestärkte mich, ob gewollt oder nicht, in meinem Befund, dass die Revolution zuvörderst ein *politisches* Phänomen ist: Der Wunsch nach politischer Teilhabe steht (schichtübergreifend) an ihrem Anfang, während sich deren soziale Ausweitung erst *nachher* einstellt. Insofern greift eine *rein* klassenkampfzentrierte Betrachtungsweise meines Erachtens zu kurz.

Janine Schourdom wiederum bin ich zu tiefem Dank verpflichtet, weil sie mich während der Promotionszeit immer wieder daran erinnerte, dass es ein Leben neben der Arbeit am Schreibtisch gibt – zu meinem großen Glück sogar an ihrer Seite.

Dafür, den Dank meinen Eltern gegenüber gebührend auszudrücken, fehlen mir die Worte. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Bielefeld, im Februar 2016

Ingmar Ingold

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
1. Herrschaft – (Il-)Legitimität – Revolution	63
1.1 Gewalt, Macht und Herrschaft – Arbeit an den Begriffen	65
1.1.1 Macht und Gewalt	74
1.1.2 Macht und Herrschaft	85
1.2 Die Kategorie der Legitimität – neweberianisch	91
1.2.1 Max Webers Legitimitätsbegriff	95
1.2.2 Webers Dreiertypologie legitimer Herrschaft – eine Kritik	101
1.2.3 Ein dreidimensionales Konzept von Legitimität – Weber revisited	106
1.2.3.1 Die basal-pragmatische Dimension von Legitimität	108
1.2.3.2 Die theoretisch-reflexive Dimension von Legitimität	112
1.2.3.3 Die performativ-expressive Dimension von Legitimität	115
Nachtrag: Zum Verhältnis der drei Dimensionen zu Webers drei Typen	118
1.3 Revolution und (Il-)Legitimität – Hypothesen zu einem Konnex	123
2. Vom Anfang der Revolution	129
2.1 Legitimation von Herrschaft – vormodern	137
2.2 Ein anklingender Richtungswechsel in der Legitimation von Herrschaft	159
2.3 Die Ur-Sache der Revolution	178
2.4 Über die Seltenheit der Revolution	188
2.5 Der Aufstieg des heimlichen Souveräns	206
2.6 Die symbolische Entzauberung des alten Souveräns	221

Inhaltsverzeichnis

3. Vom Ende der Revolution	237
3.1 Die Revolution – eine kurze Familiengeschichte	242
3.2 Der Aufstieg des Nationalstaats	264
3.3 Die Institutionalisierung der Revolution	297
3.4 Ein Ende der Revolution?	335
4. Analyse: Die Revolutionen in China, Mexiko und Iran	383
4.1 Die chinesische Revolution (1911-1949)	397
4.1.1 Ihre Voraussetzungen und Ursachen	401
4.1.2 Die politische Krise und der Ausbruch der Revolution	416
4.2 Die mexikanische Revolution (1910-1920)	445
4.2.1 Die Entstehung des Porfiriats und seine Legitimation	454
4.2.2 Die Krise des Porfiriats und der Ausbruch der Revolution	465
4.3 Die iranische Revolution (1977-1979)	501
4.3.1 Die Herrschaft Mohammad Reza Schah Pahlavis	512
4.3.2 Das Pahlavi-Regime in der Krise	526
4.4 Multipler Legitimitätsverlust und Revolution. Eine Sequenz	574
Schluss	591
Literaturverzeichnis	613

Einleitung

Nothing appears more surprizing to those, who consider human affairs with a philosophical eye, than the easiness with which the many are governed by the few.¹⁵

David Hume lehrt uns staunen. Staunen im aristotelischen Sinne ob der Leichtigkeit, mit der die Vielen von den Wenigen regiert werden. Prima facie erscheint es uns selbstverständlich, bei genauerem Hinsehen aber regt sich leiser Zweifel. Ist es nicht vielmehr so, dass aller Herrschaft dadurch eine *prinzipielle Fragwürdigkeit* eignet, dass sie immer schon Fremdbestimmung bedeutet, einen Eingriff in die individuelle Selbstbestimmung also? Erklärungsbedürftig scheint aus dieser Sicht weniger zu sein, dass sich Menschen Herrschaft zuweilen *widersetzen*, nein, erklärungsbedürftig wird, warum diejenigen, die Herrschaft unterworfen sind, in aller Regel *gehorschen*. Diese Frage nach den Gründen des Gehorsams bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit über das (seltene) Phänomen der Revolution. Sie ist der Ausgangsfrage von Ted Gurr diametral entgegengesetzt. Dieser fragte in seiner sozialpsychologischen Revolutionsstudie von 1970: „Why men rebel“? Ich dagegen stelle mir als Erstes die Frage: „Why men obey“?¹⁶ Warum leisten die Herrschaftsunterworfenen Befehlen Folge, *obwohl* sie selbst nur Empfänger, nicht aber Absender dieser Befehle sind? Verbunden mit der Hoffnung, *anschließend* klarer zu sehen, warum sie von Zeit zu Zeit *nicht* gehorschen. Man könnte auch sagen: Ich gehe einen Umweg. Ich nähere mich der außeralltäglichen Revo-

15 Hume, David: Of the First Principles of Government, in: ders.: Essays. Moral, Political, and Literary, hrsg. von Eugene F. Miller, Indianapolis 1987, S. 32-36, hier S. 32. Die gleiche Verwunderung ergreift auch Laski, Harold J.: Authority in the Modern State, New Haven 1919, S. 32: „The problem of authority then becomes clear. We want to know why men obey government. We want the causes that explain the surely striking fact of a voluntary servitude of a large mass of men to a small portion of their number.“

16 In der Reihenfolge geht in seiner ingeniosen Analyse der mexikanischen Revolution auch Alan Knight vor, siehe ders.: The Mexican Revolution. Bd. 1: Porfirians, Liberals and Peasants, Cambridge 1986, v.a. S. 165f. Für Gurr's Studie siehe ders.: Why Men Rebel, Princeton/N.J. 1970.

Einleitung

lution über die alltägliche Herrschaft, über die Frage nämlich, wie sich deren Alltäglichkeit begreifen lässt.

Nach potentiellen Gehorsamsmotiven muss man nicht lange suchen. Es fallen einem sogleich mehrere ein. Die Folgsamkeit kann sich auf die herrschaftliche Ausübung und Androhung von Gewalt oder anderen Sanktionen zurückführen lassen, mithin auf das, was man (etwas ungenau) als Zwang bezeichnet. Oder darauf, dass einem materielle Vorteile winken, die einem entgingen, sofern man sich nicht folgsam zeigte. Denkbar ist auch ein Gehorchen aus purer Gewohnheit, bei dem man sich die Frage nach den eigenen Motiven gar nicht mehr bewusst stellt. Die wohl berühmteste Differenzierung von „Motiven der Fügsamkeit“ stammt von Max Weber. Er nimmt sie in „Wirtschaft und Gesellschaft“ vor. Noch viel berühmter aber ist jenes Motiv, das Weber zufolge für die Erklärung von zuverlässigem Gehorsam ausschlaggebend ist, jenes Motiv also, dem Herrschaft maßgeblich ihre Stabilität und damit ihren Fortbestand zu verdanken hat. Die Rede ist vom *Legitimitätsglauben*. „Aber Sitte oder Interessenlage so wenig wie rein affektuelle oder rein wertrationale Motive der Verbundenheit“, gibt Weber zu bedenken,

könnten verlässliche Grundlagen einer Herrschaft darstellen. Zu ihnen tritt normalerweise ein weiteres Moment: der *Legitimitätsglaube*. Keine Herrschaft begnügt sich, nach aller Erfahrung, freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chancen ihres Fortbestandes. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre ‚Legitimität‘ zu erwecken und zu pflegen.¹⁷

Wie „*Legitimitätsglaube*“ bereits impliziert, spielt es keine Rolle, ob die Herrschaft von Außenstehenden für legitim erachtet wird. Entscheidend ist vielmehr, ob die jeweils Betroffenen sie für legitim erachten, eben an deren Legitimität *glauben*. Die Anführungszeichen, in die Weber das Wort „Legitimität“ zu setzen pflegte, sind daher nicht Ausdruck von Ungläubigkeit, sondern ganz im Gegenteil Ausdruck dessen, dass er sich eines Werturteils darüber, was in den Augen der Beteiligten legitim ist, *enthält*. Er fragt, anders gesagt, nicht im Stile eines politischen Philosophen (normativ), unter welchen Bedingungen Herrschaft legitim *ist*, sondern im Stile eines Soziologen (empirisch), unter welchen Bedingungen Herrschaft von

17 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1980/1921, S. 122. Wenn im Folgenden nicht anders gekennzeichnet, sind die Hervorhebungen in Zitaten jeweils aus dem Original übernommen.

den Betroffenen für legitim *gehalten* wird. Zynismus – eine Haltung, deren weite Verbreitung unter Soziologen Roberto Cipriani und Thomas Luckmann gerade in Hinblick auf die Frage der Legitimität von Herrschaft beklagen –¹⁸ ist Weber darum fremd. In aller Deutlichkeit hält Luckmann demgegenüber fest:

Weber denkt [...] nicht daran, auf Grund eigener Wertvorstellungen bestimmte Ordnungen und Herrschaftsformen für legitim und andere für illegitim zu halten. Für einen Ansatz, der gesellschaftliche Wirklichkeit über das Handeln und über die Vorstellungen, an denen sich das Handeln konkreter Menschen orientiert, zu erschließen sucht, besteht eine legitime Ordnung dann, wenn sie in der *Vorstellung der Handelnden* legitim ist.¹⁹

Von dieser Warte aus betrachtet, liegt der Umkehrschluss nahe, dass die *Aufkündigung* des Gehorsams vor allem dann droht, wenn die Herrschaft in der Vorstellung der Handelnden *nicht* länger legitim ist. Während legitime Herrschaft über eine gewisse *Stabilität* verfügt, weil sie den Handelnden subjektiv „als vorbildlich oder verbindlich, also gelten *sollend* vorschwebt“²⁰, eignet illegitimer oder nicht-legitimer Herrschaft eine gewisse *Labilität*, weil das Interesse an einer Ordnung genauso rasch erlischt wie die kritische Hinterfragung der alltäglichen Ordnung einsetzt. Darauf weist Weber in seiner Herrschaftssoziologie mehrfach hin, deren Kardinalfrage genau die nach den Voraussetzungen ist, unter denen Herrschaft Bestand hat. Ungehorsam mündet nun zwar nicht zwangsläufig in eine Revolution, revolutionärer Widerstand ist vielmehr, wie noch zu erläutern sein wird, eine *besondere* und *voraussetzungsreiche* Form von Widerstand, aber ein Zusammenhang von (II-)Legitimität und Revolution drängt sich nichtsdestotrotz auf. Revolutionen liegt, wie ich argumentieren möchte,

18 Vgl. Cipriani, Roberto: The Sociology of Legitimation. An Introduction, in: Current Sociology, Bd. 35/1987, Heft 2, S. 1-20 und Luckmann, Thomas: Einige Bemerkungen zum Problem der Legitimation, in: Bohn, Cornelia/Willems, Herbert (Hrsg.): Sinngeneratoren. Fremd- und Selbstthematisierung in soziologisch-historischer Perspektive, Konstanz 2001, S. 339-345.

19 Luckmann 2001 – Einige Bemerkungen zum Problem der Legitimation, S. 340, meine Hervorhebungen (nachfolgend abgekürzt mit „m.H.“).

20 Weber 1980 – Wirtschaft und Gesellschaft, S. 16. Siehe auch ders.: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft (1922), in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlaß, Teilbd. 4: Herrschaft (Bd. 22 der Max Weber Gesamtausgabe), hrsg. von Edith Hanke und Thomas Kroll, Tübingen 2005, S. 726-742, hier S. 726, wo es ausdrücklich heißt: „[D]ie Erschütterung dieses Legitimitätsglaubens pflegt weitgehende Folgen zu haben“.

Einleitung

ein „Streit der Legitimitäten“ (Klaus Schlichte) zugrunde. Die bisherige Form der Legitimität – und zwar die der *Herrschaftsordnung insgesamt*, nicht bloß die Legitimität einer bestimmten Politik oder eines bestimmten Herrschers – überzeugt die Beteiligten nicht länger und wird von diesen angefochten. „[F]ür politischen Wandel, für die Erosion von Institutionen der Herrschaft wie für deren Entstehung, ist“, wie Schlichte richtig erkennt, „die Dynamik des ‚Geltungsglaubens‘, die Frage der Legitimität, zentral“²¹. Legitime Herrschaft mag beständig(er) sein, aber darum ist die *Legitimität selbst* nicht zwangsläufig auch beständig. Legitimität ist keine unabänderliche Qualität, keine Konstante, vielmehr wird sie kontinuierlich in Frage gestellt und bestritten; sie muss sich in einem fort beweisen und immer wieder aufs Neue (wieder-)hergestellt werden. Weber selbst erwähnt in der zitierten Passage, der Legitimitätsglaube bedürfe über die „Erweckung“ hinaus der ständigen „Pflege“. Das heißt, nicht obwohl, sondern gerade weil Herrschaft diese Fragwürdigkeit innewohnt, die eine regelmäßige Thematisierung erfährt, wird die Konservierung, den Wandel oder den Zusammenbruch von Herrschaft nur verstehen, wer deren Legitimitätsstruktur in Augenschein nimmt, genauer: die *Veränderungen* in deren Legitimitätsstruktur, die nicht statisch, sondern zutiefst *dynamisch* ist. Nochmal anders: Nicht trotz, sondern gerade aufgrund der Tatsache, dass *grundlose* Herrschaft mit Widerstand rechnen muss – eben weil Herrschaft *als solche* begründungspflichtig ist –, muss den gegebenen *Gründen*, die entweder akzeptiert oder aber abgelehnt werden, umso mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden.

21 Schlichte, Klaus: Der Streit der Legitimitäten. Der Konflikt als Grund einer historischen Soziologie des Politischen, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 1/2012, Heft 1, S. 9-43, hier S. 17. Vgl. ähnlich schon Cohen, Ronald: Introduction, in: ders./Toland, Judith D. (Hrsg.): State Formation and Political Legitimacy, New Brunswick/N.J. 1988, S. 1-21, hier S. 2: „What is and what is not acceptable power over the lives of others is a problem that never ends. Conditions of obedience change, governments change, and above all, people change in their willingness to comply. Business as usual is not forever. The issue, then, is to ask how and why people come to *accept* and identify with new forms of authority – especially statehood. This same question should also provide us with answers about how and why they chose to *withdraw* their support from state-level forms of government and authority. It is this acceptance and its withdrawal and those factors that affect such outcomes that lead to the analysis of legitimacy.“